

FBP kritisiert Pläne der Regierung für Kitas

JOËL GRANDCHAMP

VADUZ. Noch bis zum 15. März läuft die Vernehmlassungsfrist für die Neuregelung der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. Auch die Fortschrittliche Bürgerpartei nutzte die Möglichkeit, eine Stellungnahme einzureichen und wandte sich in einem Brief an Regierungsrat Mauro Pedrazzini. Dabei stimmt sie der Vernehm-

lassungsvorlage in grossen Teilen zu, äussert aber auch Änderungswünsche.

Bedarf an Betreuungsplätzen

Die FBP anerkennt, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen in Zukunft weiterhin steigen wird und befürwortet daher die Stossrichtung der Vorlage, welche bezweckt, mehr Betreuungsplätze zu schaffen, ohne den Staatsbeitrag zu erhöhen. «Eine Erhöhung

des staatlichen Beitrags käme für die Fortschrittliche Bürgerpartei in der aktuellen Finanzsituation des Staates und ohne Not nicht in Frage», schreibt FBP-Präsident Thomas Banzer. Zudem begrüsst das FBP-Präsidium, dass die Vernehmlassungsvorlage den Wettbewerb unter den Kitas ermöglicht, wer die Subventionen in Anspruch nehmen kann, und dass das Kindeswohl in den Mittelpunkt gestellt wird.

Kritisch hinterfragt die FBP jedoch, dass die Vorlage den Eindruck erwecke, die Bevölkerung vom klassischen Familienmodell wegbringen zu wollen, da sie sich nur mit der ausserhäuslichen Kinderbetreuung befasst. Die FBP setze sich seit Langem für die Wahlfreiheit zwischen den Modellen «Familie und Beruf» und «Familie als Beruf» ein. Daher ist es ein Anliegen der FBP zu erfahren, ob die Regie-

rung beabsichtigt, ein bestimmtes Familienmodell mehr zu fördern als das andere.

Abhängig von Einkommen

Die FBP fordert zudem, dass die Subventionierung für Familien vom Einkommen der Eltern abhängig gemacht wird – eine Änderung, welcher Gesellschaftsminister Pedrazzini nicht abgeneigt ist. Damit soll sichergestellt werden, dass auch ein-

kommensschwächere Familien eine Wahlmöglichkeit haben. Zudem verlangt die FBP, dass im Fall von staatlichen Subventionen die Leistungen für alle in Liechtenstein wohnhaften Kinder zugänglich sind: «So sollen auch Betreuungseinrichtungen, welche von Unternehmen betrieben werden, nur subventioniert werden, wenn sie freie Plätze grundsätzlich der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stellen.»